

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 1

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends, Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Einlagen in die Postanstalt Nr. 6482. Geschäftsstelle: 17a, Spaldauer Straße, oder deren Raum 28, für Berlin 15. Off. Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, den 4. Januar 1908.

Verlag: A. Bohrer, Hannover, Münst. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
S. Schneider, Hannover, Münst. 5, II.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von E. H. Meißner & Co., Hannover.

17. Jahrg.

Zur Beachtung!

Heute ist der 1. Wochenbeitrag fällig.

Streiks oder Aussperrungen.

bestehen in Sonneberg und München.

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in Meissen, Deuben und Nürnberg.

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Das Wirtschaftsjahr 1907.

Ein Jahr ist zu Ende gegangen, auf das die Arbeiterschaft mit gemischten Gefühlen zurückblickt. Es war ein echtes, rechtes Hochkonjunkturjahr für die Ausmaße der menschlichen Arbeitskraft und die Kländerer der Konsumenten. Dem industriellen Kapital warf die beispiellose Forcierung der Gütererzeugung, bei stark hinausschnellenden Preisen, Riesengewinne in den Schoß; die Großgrundbesitzer hatten das Glück, eine um viele Millionen reichere Ernte zu halten, weil die neuburgische Agrarpolitik die Preise aller Lebensmittel enorm in die Höhe gehen ließ. Und dadurch sind die Arbeiter um ihren Anteil an der Konjunktur, den das industrielle Kapital ihnen wohl oder übel zugestehen muß, vielfach reflos betrogen worden. Das nicht nur! Gerade für die am schlechtesten bezahlten Arbeiter blieben die Lohnsteigerungen hinter der Verteuerung der Lebenshaltung zurück. Für sie hat das Glanzjahr 1907 nicht anderes gebracht, als vermehrte Arbeit und Einschränkung im Lebensgenuss. Heute mag wohl mancher Arbeiter, der sich im Januar in den hurrapatriotischen Taumel mit hineinziehen ließ, am Lohnstage betrübt nach Hause schleichen, mit dem drückenden Gefühl, selbst einen Teil der Schuld dafür zu tragen, daß er jetzt eine Summe heimträgt, die zu den gestiegenen Lebensmittelpreisen in schreiendem Widerspruch steht. Die Unvernunft der Väter hat den Kindern und deren Müttern die Furcht der Einkürzungen und Entbehrungen aufgebunden.

Die ungewöhnliche Nachfrage am Arbeitsmarkt, der wilde Begehr am Warenmarkt, die ungezügelte Hast in der Gütererzeugung, die schon das Jahr 1906 ausgezeichnet hat, waren, zum Teil sogar noch in verstärktem Maße, die hervorstechenden Merkmale bis in die zweite Hälfte des Jahres 1907 hinein. In den ersten 10 Monaten dieses Jahres wurden z. B. genau soviel Kohlen gewonnen, genau soviel Roheisen produziert, als im ganzen Jahre 1904. Die Eindeckungen der Händler und Konsumenten, die in dem letzten Viertel 1906 und in den ersten Monaten des Jahres 1907 erfolgten, waren so groß, daß damit die Produktionsmöglichkeiten der Werke bis Ende des Berichtsjahres erschöpft waren. Das war eine günstige Situation für Preissteigerungen, die sich dann auch einander nur so jagten. Ein paar Angaben mögen das illustrieren: Spiegeleisen kostete 1903: 67 Mk., 1907: 90—92 Mk., Stahleisen stieg in derselben Zeit von 58 Mk. auf 80 Mk., Bessemereisen von 68 Mk. auf 88 Mk. pro Tonne. Die Unternehmer haben die gute Konjunktur auszunutzen verstanden. Die Aktionäre merkten an ihrem Portemonnaie, daß die Arbeiter — reichlichere Arbeitsgelegenheit hatten. Für 239 Aktiengesellschaften, deren Bilanzen im Zentralhandelsregister veröffentlicht worden sind, ist die Gesamtdividendensumme, die für das Jahr 1905/06 rund 40 Millionen Mark betrug, auf über 45 Millionen Mark für das Geschäftsjahr 1906/07 hinausgegangen. Da merkt man doch etwas von guter Konjunktur! An den 239 Gesellschaften waren u. a. beteiligt:

Unternehmungen	Zahl	Dividendensumme 1905/06	1906/07
		in 1000 Mark	
Nahrungs- und Genussmittel	42	3041	3688
Steine und Erden	15	2202	2482
Chemische Industrie	9	1323	1438

Die Zunahme der Dividendensumme stellt sich für die 66 Gesellschaften auf über eine Million Mark, gleich 16 Prozent. Daß auch die Zementwerke gut gearbeitet haben — für die Aktionäre, zeigt diese Aufstellung:

Gesellschaft	1905/06 resp. 1906	Dividende 1906/07	für 1907 geschätzt
Adler-Zement	3	10	—
Alten	12	17	—
Oberhöl-Portland-Zement	14	17	—
Weymann-Portland-Zement	14	18	—
Borsigwerke	18	—	20
Wesf. Zement	3	12	—
Leitner-Portland-Zement	20	—	20
Demmoo-Portland-Zement	10	—	10

Eine der rentabelsten Industrien ist die chemische; aber auch die Gummiindustrie wirft enorme Erträge ab. Nachfolgend geben wir von einer Reihe Werke die letzten Dividendenverteilungen: für 1907 geschätzt: Aktiengesellschaft für

Anilinfabrik 22, Albert, Gemische Fabrik 22 1/2, Eblberfelder Farbwerke 36, Höpfer Farbwerke 30, Continental Caoutchouc- und Guttapercha-Comp. 40, Hannoversche Gummitamm-Komp. 22 Prozent. Der Konjunkturleg für die Agrarier kommt in den Preissteigerungen für Lebensmittel in Erscheinung. Weizen z. B. kostete nach Berliner Notierungen im Durchschnitt 1900/1901 pro Tonne 159,20 Mk., jetzt 225 bis 230 Mk. Roggen stieg in derselben Zeit von 130,60 Mk. auf 212 Mk. Und mit den Getreidepreisen gingen die Preise für fast alle andern Nahrungsmittel in die Höhe, die rückläufige Bewegung am Viehmarkt kam zum Stillstand. Diese Entwicklung hatte zur Folge, daß die Kaufkraft des Geldes stärker abnahm, als vielfach die absoluten Lohnsteigerungen ausmachten. Aber das ungeheure Ansehen der Preissteigerung am gesamten Warenmarkt beschleunigte auch den Hereinbruch der Krise. Die Anfsprüche, die von allen Seiten an den Geldmarkt gestellt wurden, hatten schon Ende 1906 eine ungewöhnliche Spannung hervorgerufen, die im laufenden Jahre fortgesetzt sich verschärfte und uns am Jahreschluss einen Diskontsatz von 7 1/2 Prozent bescherte. Die Geldsteuerung in Verbindung mit den fortgesetzten Preissteigerungen übte allmählich einen hemmenden Einfluß auf die Unternehmungslust aus, und als in den Vereinigten Staaten durch den Zusammenbruch verschiedener Banken das Sturmsignal aufgezogen, da war es vollständig mit dem Vertrauen für die Zukunft vorbei. Schon seit Monaten gingen die Spezifikationen nur noch spärlich ein. Jetzt haben sie fast vollständig aufgehört, die Auftragsbestände schmelzen zusammen, und obwohl die Fabrikanten sich persönlich auf die Strümpfe machen, um neue Aufträge herein zu bekommen, so ist doch alles Bemühen nach dieser Richtung vergebens. Bis vor wenigen Wochen vernahm man allerdings aus der Großindustrie nur optimistische Stimmen; man glaubte angeblich nicht an einen Konjunkturrückgang. Der ehemalige Handelsminister Müller ließ sich Ende Oktober von einem Journalisten interviewen und gab seiner unerschütterlichen Meinung von dem Fortbestand der guten Konjunktur Ausdruck. — Und heute? Schon hat der Beschäftigungsgrad bedenklich nachgelassen, jeder Tag bringt neue Meldungen über Betriebseinschränkungen, Feiertagschichten, Reduktion des Arbeiterstammes, Lohnkürzungen usw. Schon sind Tausende beschäftigungslos, und Tag für Tag wird das Heer der Arbeitslosen größer. So sind wir von den Höhen einer Hochkonjunktur bis in den Beginn einer Krise im Laufe eines Jahres hinabgestürzt. In welche Abgründe es noch hineingeht, daß läßt sich noch nicht sagen. Hat die Arbeiterschaft im allgemeinen keine Ursache, mit den Ergebnissen der beiden letzten Jahre zufrieden zu sein, weil für sie in der Hauptsache die Miße für die Unternehmer der Preis war, um noch viel weniger kann eine Krise sie befriedigen. Die Unternehmer haben vorgesorgt, daß für sie die Krise nicht sehr empfindlich wird; die Agrarier dürfen sogar dank der Ernteverhältnisse und der erhöhten Schutzzölle auch noch weiter mit steigenden Einnahmen rechnen. Und es wird die Arbeiterschaft nicht nur von den Schreden der Arbeitslosigkeit, Verschlechterung der Erwerbsverhältnisse heimgesucht, die Wucht der Krise wird für sie erhöht durch die ungeheuerliche Lebensmittelerhöhung. Und die Regierung wird nichts tun, den Druck zu mildern. Vor wenigen Wochen erst hat der Reichstangler erklärt, daß die Bahnen der jetzt eingeschlagenen, bewährten Wirtschaftspolitik nicht verlassen werden sollten. Mit allem Nachdruck wird den Arbeitern damit wieder mal zu Gemüte geführt, daß sie verlassen sind, wenn sie sich auf Erklärungen der Regierung und der bürgerlichen Parteien verlassen. Von den Versprechungen, die man den Arbeitern machte, damit sie den Nilow-Dernburg-Kummel unterstützen sollten, ist rein gar nichts in Erfüllung gegangen. Die Erwerbsverhältnisse sollten gesichert werden, jetzt stehen wir vor einem gähnenden, dunklen Abgrund. Zu der Veränderung am Arbeitsmarkt treten die trostlosen Finanzverhältnisse im Reich. Birta 400 Millionen Mark neue Steuern sollen aufgebracht werden. Was nach dieser Richtung an dunklen Plänen im Schoße der mit den Scharfmachern und Junkern verbündeten Regierung ruht, ist noch nicht offenbart worden, sicher aber ist, daß auch diesmal die starken Schultern wieder geschont werden sollen. Von den rofigen Hoffnungen, die man in das Jahr 1907 mit hineinnahm, hat sich für die Arbeiter nur bitterwenig verwirklicht; aber die Befürchtungen, die damals schon vereinzelt ausgesprochen wurden, sind nun durch die Tatsachen noch weit überholt. Es ist keine günstige Bilanz, die der Arbeiter aus dem Jahre 1907 ziehen kann. Das ist um so schlimmer, weil die Zukunft noch trostloser ist, als die Vergangeneheit war. Hoffentlich zieht die Arbeiterschaft aus den Ereignissen die Lehre, daß sie nun alle Kräfte einsetzen muß, um ihre Organisation zu stärken, damit sie in den unausbleiblichen schweren Kämpfen in der Organisation eine gute Rückendeckung hat.

Das Großkapital in der chemischen Industrie.

Auch in den deutschen Regierungskreisen sieht man das Umfänggreifen des allmächtigen Großkapitalismus in unserer Industrie mit gemischten Gefühlen an. Einerseits ist man an diesem Emporkommen des Kapitalismus persönlich interessiert und empfindet diese Blüte, soweit sie ihre Profite verschwenderisch ausstreut, sehr angenehm. Andererseits kann man sich doch eines geheimen Grauens deshalb nicht erwehren, weil man eine Vorahnung davon hat, daß jene kapitalistischen Riesengewalten in nicht zu langer Zeit selbst den Regierungskreisen über den Kopf wachsen und dann so rücksichtslos und selbstherrlich mit ihnen umspringen werden, wie eben die Trusts in Amerika sogar mit Roosevelt, dem Präsidenten der Republik. Man sieht sich deshalb zu doppelter Aufmerksamkeit genötigt. Und ein Ergebnis dieser Aufmerksamkeit ist die „Statistik des Bestandes der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien im Deutschen Reich am 31. Dezember 1906“, die das kaiserliche Statistische Amt im 4. Heft für 1907 seiner Vierteljahrshefte der Statistik des Deutschen Reiches (Berlin, Postkammer und Mühlbrecht) auf Seite 360 bis 377 veröffentlicht. Da eine amtliche Statistik der Aktiengesellschaften mit Anmeldepflicht beziehungsweise für statistische Zwecke noch nicht besteht, mußte sich das Statistische Amt auf private Quellen, Börsenhandbücher, Mitteilungen usw. stützen, die viel Arbeit und Zeit beanspruchten. Es glaubt jedoch nunmehr das Material ziemlich lückenlos zusammenzubekommen und hat auch der deutschen Gewerkschaftsbewegung damit einen ganz wesentlichen Dienst geleistet. Denn jeder unserer Zentralverbände kann nunmehr in der Statistik Entstehung und Entwicklung des Großkapitalismus für seinen Beruf ziemlich genau feststellen und beurteilen. Für die deutsche chemische Industrie ist diese Arbeit im nachfolgenden nach der amtlichen Quelle gemacht.

Sie bestreitet zunächst, wie ungeheuer jung der gewaltige Reichtum ist, den das Unternehmertum aus Leben und Gesundheit der chemischen Arbeiter Deutschlands herausgewirtschaftet hat. In unserem Berufe gab es keine „sparsamen Großväter oder Großmütter“ für die Kapitalisten, die etwa durch ihre „Tüchtigkeit“ und „Genügsamkeit“ den „Grund“ für den heutigen Reichtum gelegt hätten, wie sonst das übliche Schlummernärchen der Kapitalisten für die Arbeiter lautet. In der chemischen Industrie ist aller Mehrwert seit wenigen Jahrzehnten frisch aus den Knochen der Arbeiter herausgeholt! 1850 und früher gab es nämlich in Deutschland überhaupt erst eine einzige chemische Aktiengesellschaft. Aber dann mit der großindustriellen Ausbeutung der wissenschaftlichen Erfindungen und Arbeitermassen machte das Wachstum Riesenschritte. Wenn wir die eigentliche chemische Industrie und die der Heiz-, Leucht- und Fettsäuren zusammennehmen, ergibt sich, daß dann in der Periode von 1851 bis 1860 sechzehn Aktiengesellschaften, 1861 bis 1870 vierzehn, noch rascher jedoch 1871—80 siebenunddreißig, 1881—1890 vollends vierundvierzig, und 1891—1900 sogar achtundneunzig solcher Großunternehmungen in unserer Branche entstanden und bis heute gedeihen und blühen. In den sechs Jahren seitdem, also im jetzigen 20. Jahrhundert, hat aber die Entwicklung ein noch rasenderes Tempo eingeschlagen. Es entstanden beinahe ebensoviel chemische Aktiengesellschaften in der halben Zeit, als jemals vorher in einem vollen Jahrzehnt, nämlich 1901—1906 nicht weniger als 85! So hat der Profit sich taninchenhaft gemehrt und sich teilweise in riesenhaften Anlagen und Barkapitalien, teils in grenzenlosen Lebensluzus für die Unternehmer umgewandelt. Die chemische Arbeiterschaft aber, die alles dies in kaum fünf Jahrzehnten schaffen helfen mußte, ist verborben und gestorben in Glend und in Entbehrung, und ihre Nachkommen von heute sind so arm und mittellos, wie ihre Väter und Großväter waren! Das ist das Ergebnis der Trennung zwischen Kapital und Arbeit durch die gesellschaftliche Einrichtung des Privateigentums, die den Kapitalisten zum Beherrscher und Ausbeuter der beschloßen Arbeit macht!

Insgesamt bestehen heute in der eigentlichen chemischen Industrie 140, in der Industrie der Heiz-, Leucht- und Fettsäuren 153 Aktiengesellschaften. Die ersten haben 403,6 Millionen, die letzten 162 Millionen, beide also 565,6 Millionen nominales Kapital, „Nominal“ heißt die Summe, die als angelegt in den Büchern steht. In Wirklichkeit sind die Angaben dieser Großunternehmungen allein schon wegen des kolossalen Steigens des Grund- und Bodens, sowie die Anteile am Barkapital des Fünft- und Zehnfache wert, da sie auf dem Geldmarkt wegen ihrer hohen Gewinne viel höher bezahlt werden, als die Einlage ursprünglich ausmachte. Man kann daher ruhig sagen, daß die chemische Großindustrie bereits über Milliarden von Kapital als dauernden Wert verfügt, von dem gar nicht zu reden, was ihre Unternehmer verzehrt und an andern Stellen, außerhalb der Industrie, angelegt haben. In der chemischen Großindustrie im engeren Sinne (pharmazeutische Präparate

und ähnl.) sind heute 92 Aktiengesellschaften mit 289 Millionen, in der Farbindustrie 18 Aktiengesellschaften mit rund 50 Millionen, in der Sprengstoffindustrie 26 Gesellschaften mit ca. 59 Millionen, in der Licht-, Seifen-, Del- und Fettindustrie 25 Gesellschaften mit 66 Millionen Aktienkapital tätig. Das Uebrige verteilt sich auf die kleineren Industrien und die Gaswerke. In der chemischen Großindustrie gehören also zu jedem Aktienunternehmen durchschnittlich nur rund 4 Millionen Kapital! Da soll mal heute einer so „klein“ und „sparsam“ sein, daß er „konkurrieren“ kann! Davon müssen jetzt nicht bloß die Arbeiter, sondern auch die chemischen Herren Doktoren, ja sogar die Herren Direktoren die Finger lassen! Sie alle sind auf ewig der Sklaverei des Kapitaldienstes verfallen, die oben allerdings mit einer Bezugszahl und mit Arbeitsbedingungen, welche den Dienst sehr erträglich machen, die unten zu desto kargerem Lohn und mit um so schlechterer Behandlung. . . . In unsern vier Hauptindustriegruppen haben dann 29 Aktiengesellschaften ein Kapital von unter einer halben Million. Das sind die „Kleinen“. Dann kommen die „Mittlern“ mit einer halben bis 2 Millionen Aktienkapital. Es sind 84 Gesellschaften, die Mehrzahl, davon 45 in der chemisch-pharmazeutischen Großindustrie, 17 in der Sprengstoffbranche, 12 in der Licht-, Del- und Fettbranche und 10 in der Farbenbranche. Endlich die 49 größten Kapitalgesellschaften mit 2 bis 30 Millionen Kapital; die meisten davon bestehen wiederum in der pharmazeutischen Großindustrie mit 34 Aktiengesellschaften, von denen 12 zwei bis drei, 7 drei bis fünf, 6 fünf bis sieben, 2 sieben bis zehn, 5 zehn bis zwanzig und 2 zwanzig bis dreißig Millionen Kapital in den Händen fest haben. Seit der amtlichen Erhebung vergrößerten sich bekanntlich die größten dieser Aktienunternehmen, Ludwigshafen und Elberfeld, noch einmal um je circa 20 Millionen. Und neben dem eigentlichen Aktienkapital arbeiten in diesen Mammutbetrieben noch Millionen von Obligationenkapitalien, die nebenbei aufgenommen sind, sowie bedeutende Reserven bei der Ausbeutung mit. Einen gewöhnlichen Sterblichen schwindelt, wenn er sich eine Vorstellung von diesen märchenhaften Reichthümern machen will. Hier ist die Goldfülle aus orientalischen Sagen durch die moderne Technik aus dem Arbeiterdasein zur greifbaren Wirklichkeit geworden! Aus Dreck ist buchstäblich Gold gemacht. . . .

Endlich sagt uns die amtliche Statistik in bankenswerter Weise auch noch, wo die angeammelten Reichthümer ihren Sitz haben und wo wir ihnen hauptsächlich eine feste Gewerkschaftsorganisation zur Vereidigung der Arbeiterkraft und Erbringung von Siegen über das Kapital entgegenstellen müssen. Die Hauptmacht des chemischen Kapitalismus liegt in Preußen mit 79 Aktiengesellschaften und 242 Millionen Kapital der chemischen Industrie und mit 51 Aktiengesellschaften und 75 Millionen Kapital der Industrie der Holz-, Leinwand- und Textilstoffe. Dann folgt Hamburg mit 18 Gesellschaften und 75 Millionen Kapital, Baden mit 7 Gesellschaften und 46 Millionen Kapital, Kassel mit 4 Gesellschaften und 36 Millionen Kapital, endlich Sachsen mit 21 Gesellschaften und 28 Millionen Kapital in beiden chemischen Industriezweigen. — Das ist eine förmliche Gewerkschaftsgeographie von höchster Wichtigkeit für die Tätigkeit unsres Verbandes. In jenen Gebieten liegen die Schlachtfelder, auf denen sich unsere Organisation zuerst zu erproben und zu kämpfen hat. In Preußen kommen Rheinland, Westfalen, Provinz Brandenburg, Provinz Sachsen und Provinz Schlesien in Betracht. Gerade diese Bezirke den andern voranzusetzen, da sie die günstigsten Vorbedingungen mit der größten Zusammenballung des chemischen Kapitals und den größten Druck besitzen, den dieses Kapital nach unten ausübt. . . .

Wegen unsrer Genuß, die hier berufen sind, sich auszuzeichnen, ihre volle Schuldigkeit tun! Sie müssen die Arbeiter dazu bewegen, die andern nachzusehen. Gegen die Gewerkschaftslosigkeit die Zusammenballung der Arbeiterkraft in großen Betrieben zum Kampfe auf dem sozialen Schlachtfeld. Denn Gewerkschaften haben alles zu wagen; die Arbeiter aber haben nichts zu verlieren, als ihre Kraft, und zu gewinnen eine ganze Welt!

Aus der chemischen Industrie.

Preussische Zucker als chemische Industriezweige.
 Das ist ein Bericht über die Zuckerindustrie in Preußen. Er beginnt mit einer allgemeinen Beschreibung der Zuckerherstellung und der Rolle der Zuckerindustrie in der preussischen Wirtschaft. Es werden die verschiedenen Zuckerarten und ihre Verwendung beschrieben. Der Bericht enthält auch Statistiken über die Produktion und den Verbrauch von Zucker in Preußen. Ein wichtiger Punkt ist die Diskussion über die Zuckerzölle und die Auswirkungen der Zollpolitik auf die Zuckerindustrie. Der Bericht endet mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse und einer Empfehlung für die Zukunft der Zuckerindustrie in Preußen.

Jahren 1897 8 Prozent, 1898 12 Prozent, 1899 20 Prozent, 1900 und 1901 je 30 Prozent und im Jahre 1902 sogar 40 Prozent Dividende zu verteilen. Das ursprüngliche Aktienkapital von 400 000 Mk. wurde in den Jahren 1896 bis 1902 fast 3,7 mal und das erhöhte Kapital von 800 000 Mk. wiederum fast einmal mit Abschreibungen verbrent und ausgeschüttet. An der Hand solcher Mitteilungen von dem herausgehenden Profit der chemischen Großindustrie muß man die nackten Fiktionen betrachten, die über die „Kapitalanlagen“ in solchen Großunternehmungen stattdessen gemacht zu werden pflegen. Meist ist das „Kapital“ längst mehrfach verbrent, während es „statistisch“ immer noch in den Büchern weitergeführt und unter Umständen mit seinen „berechtigten Bedürfnissen“ und „Verzinsungen“ gegen Lohnansprüche der geprellten Arbeiter ausgespielt wird.

Uebersiedlung deutscher chemischer Fabriken nach England.

In der letzten Ausschichtungsitzung der höchsten Farbwerte teilte der Vorstand mit, daß durch die kürzlich erfolgte Aenderung des englischen Patentgesetzes, bei dem namentlich die bereits bestehenden Patente infolge Nichtanführung in Großbritannien gefährdet sind, sich für die Farbwerte die Notwendigkeit der Ausfuhr ihrer Patente in einer englischen Fabrik ergeben habe. Die nötigen Schritte und Vorbereitungen zur Errichtung einer solchen Fabrik wurden von der Meister, Lucius & Brüning Ltd. Co. in Manchester in die Wege geleitet und ist mit dem Bau derselben in diesen Tagen bereits begonnen worden. So lassen sich unsere Kapitalisten bei ihren Geschäften unbedenklich zur Uebersiedlung ins Ausland und zur Benutzung ausländischer Hilfsquellen bestimmen, wenn es der Profit verlangt.

Unsre deutsche Unternehmerorganisation.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands macht in der letzten Nummer seines Verbandsorgans bekannt, daß sich ihm als neue Mitglieder die Chemische Fabrik Eintracht in Barmen-Widlingshausen, sowie die Dampf-Seifenfabrik Franz Tesmann in Breslau angeschlossen haben. Werden nun auch die Arbeiter dieser Unternehmungen durch Anschluß an unsern Verband die richtige Schlussfolgerung aus dem Schritt ihrer Ausbeuter zur Organisation ziehen? — Zum ersten Male seit seinem 30jährigen Bestehen beginnt das Verbandsorgan unsern Unternehmer in seiner letzten Nummer eine Kritik „Aus den Arbeitgeber- und Arbeiterkreisen“ zu veröffentlichen. Es teilt darunter, zunächst allerdings nur sehr summarisch, die Statistik der Lohnbewegungen deutscher Gewerkschaften, die es in der Uebersicht sehr scharfsinnig als „sozialdemokratische“ bezeichnet, sowie drei Gerichtsentscheidungen über schwarze Listen, Festschließungen der Arbeiter und Schabernack wegen Streiks, und schließlich eine einseitige Unternehmerdarstellung über den Streik in Seelze mit. Dieser Anfang ist nicht vielversprechend und nicht gerade ein Zeugnis für das sozialpolitische Verständnis der Redaktion. Aber schließlich ist etwas besser als nichts, und mit der Zeit und durch unsern Verband werden auch diese Herren noch lernen.

X Höchst a. Main. Die Farbwerte von Meister, Lucius & Brüning verstanden der Welt, daß sie „in Anbetracht des günstigen Geschäftsganges und der immer noch sehr hohen Lebensmittelpreise“ den Arbeitern, Aufsehern und Beamten mit Gehalt bis zu 3000 Mk. eine „außerordentliche Teuerungszulage“ gewähren wollen, aber deren Höhe in einzelnen Fällen nicht verläuft. Insgesamt sollen für sie bei ca. 6000 Arbeitern und Beamten 200 000 Mk. verwendet werden, also durchschnittlich pro Kopf 20—40 Mk. Andere Großunternehmungen unserer Branche tun trotz derselben brillanten Lage nichts für die innere Seite. Sie sollten sich häufen, hinter dem höchsten Beispiel zurückbleiben. Sie sollten es aber noch besser zu machen suchen! Die Arbeiter mögen keine einmaligen Wohlthäten, die in der Genuß ihrer Unternehmer stehen und bei der ungleichmäßigen Verteilung von oben nach unten überbietet noch viel böses Blut zu machen pflegen. Unsre Herren Kapitalisten mögen allgemein die Bühne dauernd aufbessern! Das allein ist würdig ihrer bevorzugten Stellung und des „günstigen Geschäftsgangs“!

Aus der Zuckerindustrie.

Riesenerträge.
 Ein Schulbeispiel für die geradezu gemeingefährliche Ausbeutung der Arbeiterschaft bietet der Geschäftsbericht der Zuckerfabrik Kruschwitz. Die Gesamtsumme der im verfloßenen Geschäftsjahr gezahlten Löhne betrug nämlich nur 272 516 Mk., hingegen erhielten die Aktionäre an Dividende 346 180 Mk. = 22 Prozent. Die Aktionäre, deren einzige Arbeit in der Hergabe einer Summe Geldes besteht, erhielten also für diese mühselige Tätigkeit reichlich doppelt so viel „Lohn“, wie die gesamte Arbeiterschaft, die Tag für Tag in harter Iron schaffen muß. Würden sämtliche Löhne in diesem Betriebe verdoppelt — und das wäre vernünftig — so würde für die Aktionäre immer noch eine Dividende von 11 Prozent, eine recht annehmbare Kapitalverzinsung, herausspringen. Selbstverständlich denken die Herren nicht daran, den Arbeitern höhere Löhne zu bezahlen, und die Arbeiter sind leider unmorganisiert und haben infolgedessen nicht die Möglichkeit, etwas von diesem Goldregen in ihre letzten Taschen leiten zu können.

Wahrlich, wenn auch nicht ganz so kraß wie in Kruschwitz offenbar sind das Verhältnisse zwischen Arbeitswert und Arbeitslohn in den Betrieben einiger anderer Zuckerfabriken. Die Zuckerfabrik Langenwiesenthal hatte bei einem Aktienkapital von 6 000 000 Mk. 111 4670 Mk. Reingewinn. Davon wurden 424 523 Mk. zu Abschreibungen verwendet, 300 000 Mk. dem Dispositionsfonds überwiesen, 14 500 Mk. erhielt der Aufsichtsrat als Lantime und 720 000 Mk. erhielten die „armen“ Aktionäre in Form einer zwölfpromzentigen Dividende. Eine Hundstollente bedrückt 720 000 Mk. in die Tasche. Würden die Herren sich mit 4 Prozent begnügen, könnte jeder der 2000 Arbeiter einen Lohnaufschlag von 240 Mk. pro Jahr erhalten, die der Industrie und dem Handel zugute kämen. Achtung! Achtung! Arbeitet die Zuckerfabrik Klein-Wanzleben. Sie bezahlte für die Kampagne 1906/07 10 Prozent Dividende, außerdem erhalten der Aufsichtsrat 14 820 Mk. und die Direktoren 65 000 Mk. Lantime. Dem Beamten-Reservations- und Unterstützungslohn werden 7015 Mk. zugewiesen und die Arbeiter erhalten — nichts! Die Gesamtsumme der gezahlten Löhne betrug 656 088 Mk., der erzielte Gewinn 1 603 302 Mk. Würden sämtliche Löhne der Arbeiter verdoppelt, so bliebe noch ein Reingewinn von 308 217 Mk.

Es ist also ein durchaus lohnendes Geschäft, Zuckerfabriken zu betreiben, und es ist unabweisbar ist es allerdings, Zuckerfabrikarbeiter zu sein. Eine entsprechende Organisation wird aber auch hier sehr viel ändern und bessern können. Leider hat die Mehrheit der Arbeiter die Unmöglichkeit der Organisation noch nicht erkannt.

Zimmerlöcher und Prügel.

Unter obigen Zeichen fanden in der Zuckerfabrik Schottwitz bei Dresden die Arbeiter. Die Nebenkampagne ist nun beendet, sie hat den schwerwiegenden Charakter dieser Fabrik unter Goldhosen gebracht. Die Kampagne ist aber mit den dort beschäftigten Arbeitern verbunden der Kampagne, welche Rechte erzielte? Räumliche Arbeitszeiten hängen einerseits von 1,50—2,20 Mark, wöchentliche Arbeitszeiten eines solchen von 1,20 Mark! Die Vorarbeiter und die Betriebsleiter erzielen einen Verdienst von 3 Mark täglich. Diese kümmerlichen Löhne werden nicht einmal für Wochentage bezahlt, während die ganze Zeit hindurch der Betrieb Tag und Nacht im Gange war. Ueber ein gutes Gewissen können die Leiter der Fabrik nicht zu verfügen, denn an jedem Sonnabend während der Kampagne waren bei der Aufstellung zwei Genossen anwesend. In dieses die Aufgabe der Fabrik? Woher es denn herzuführen, wenn jeder Arbeitgeber bei Lohnabhängigen beständliches Schamgefühle? Nach Schluß der Kampagne fanden Arbeiterzusammenkünfte etwas statt und für die im Betriebe beschäftigten Arbeiter wurde der Streikunabhängigkeit ausgesprochen. Eine heranziehende Verklärung der Arbeitszeit

hatte in den Vorjahren noch niemals stattgefunden. Gleichzeitig wurden auch die Löhne auf einen bisher noch niemals erreichten Satz reduziert. Jetzt verdienen männliche Arbeiter 1,20—1,80 Mk., die weiblichen Arbeiterinnen 80 Pf. und Sozialarbeiter (darunter Leute, die bereits 18 Jahre im Betriebe tätig sind) 2,20 Mk. pro Tag! Wie sollen Arbeiter, darunter solche mit großer Familie, in den Zeiten der jetzigen Spargenot durchkommen? Damit läßt sich kein menschenwürdiges Dasein führen! Als Jagde gibt es auch noch Prügel. Uns sind zwei Fälle bekannt geworden, daß Fabrikbeamte zwei Betriebsarbeiter gefesselt haben. Hinzufügen wollen wir noch, daß die Genbarinnen in den Vorjahren je einen halben Zentner Zucker als Weihnachtsgabe erhalten haben, dieser Jahr gab es auch in diesem Jahre keine Gabe. Für die Arbeiter heißt sich die Weihnachtsgabe von dem Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ in Entlassungen und Hungerlöhnen, für die Beamten in Liebesgaben. Wer auch die Fabrikanten in Schottwitz sind christliche Arbeitgeber.

Die Novelle zur Gewerbeordnung.

Neben dem weitem Ausbau der Arbeiterverfassungsgesetze sind die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um den auf diesem Gebiete laut gewordenen Klagen und Wünschen, soweit sie begründet sind, gerecht zu werden. Diese Prüfung hat davon ausgehen, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gefühlige Gleichberechtigung gewahrt bleiben. Erlass Wilhelm II. am 4. Febr. 1900.

Endlich, nach 18 Jahren, soll der kaiserliche Beschluß eingelöst werden. Die Novelle zur Gewerbeordnung ist den Reichstagsabgeordneten zugegangen. Wir haben noch nie große Hoffnungen auf kaiserliche Worte und Erlasse gesetzt, weil wir wissen, daß die Gesetze des Wirtschaftlebens von andern Faktoren bestimmt werden, aber so wenig Rücksichtnahme auf die kaiserlichen Wünsche kommt doch unerwartet. Die angelegentlichste Novelle erweist sich nämlich als ein jämmerliches Flickwerk, das einer Verbesserung im Reichstag bringend bedürftig ist. Sie bringt kaum das, was auf Grund der Bremer Konvention als Mindestprogramm für die beteiligten Länder aufgestellt wurde. Und das ist doch für Deutschland, dessen Staats- und Völkermänner immer von der führenden Stellung Deutschlands auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung schwärmen, bitter wenig.

Im Artikel 1 wird der § 113 der G.-O. dahingehend erweitert, daß in Zukunft das Zeugnis über Führung und Leistung schon vom Tage der Kündigung an auf Verlangen ausgestellt werden muß. Dadurch soll dem Arbeiter ermöglicht werden, sich auf Grund dieses Zeugnisses schon vor der Entlassung Arbeit suchen zu können. Das Lohnbuch, das der Bundesrat für bestimmte Gewerbe vorschreiben kann, soll zu einem Abrechnungsbuch ausgestellt werden, um den Arbeitern eine Uebersicht über die oft unklaren Lohnfestsetzungen zu ermöglichen. Auch der sozialdemokratischen Forderung, die Fortbildungsschulpflicht auch auf die weiblichen Arbeiter unter 18 Jahren auszudehnen, wird Rechnung getragen. Eine Verschlechterung ist die Erweiterung des § 120 a, Abs. 3, nach welcher der Bundesrat wie auch die Polizeibehörden das Recht haben sollen, Bestimmungen über das Verhalten der Arbeiter im Betriebe zu erlassen. Das ist eine entsetzliche Verschlechterung des bestehenden Zustandes. Sie zielt weniger, wie die Motive behaupten, darauf ab, zur Verhütung von Unfällen beizutragen, als dazu, Arbeiter auch noch dafür zu bestrafen, daß sie einen Unfall erlitten haben, und ihnen die Unfallrente noch mehr wie bisher zu beschränken. Von der so notwendigen Heranziehung der Arbeiter zum Erlaß und zur Ueberwachung von Schutzvorschriften spricht weder das Gesetz, noch seine Begründung!

Nach § 120 a Abs. 3 hatte bisher der Bundesrat das Recht, für solche Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, Dauer, Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit, sowie die Pausen vorzuschreiben. Diese Befugnis sollen in Zukunft auch die Landes- und Zentralbehörden und die Polizeibehörden haben. Nun sind zwar die Polizeibehörden durchaus nicht die richtigen Instanzen für den Ausbau des Arbeiterschutzes, immerhin können sie in einzelnen Fällen eher gezwungen werden, Schutzvorschriften zu erlassen, wie der schwerfällige Bundesrat.

Artikel 2 der Vorlage regelt die Rechtsverhältnisse der Beamten, Werkmeister und Techniker und trifft einige ganz unzureichende Bestimmungen über die Konkurrenzklause. Er beschränkt die Gültigkeit derselben auf den Zeitraum von höchstens 3 Jahren. Ueber die Konkurrenzklause kann sie nur dann ausgesprochen werden, wenn dem Angestellten für diese Zeit das zuletzt bezogene Gehalt weiter bezahlt wird. Diese Beschränkung erstreckt sich aber nicht auf Konkurrenzklause, die mit Arbeitern abgeschlossen werden; über diese schweigt das Gesetz völlig. Es wird notwendig sein, bei der Beratung im Reichstage die völlige Beseitigung dieser unbilligen, ja oft geradezu unmittelfachen Erschwerung des Fortkommens zu fordern; mindestens sollte es verboten sein, einen Arbeiter mit einer derartigen Klausel zu fesseln. An Hand der „Maggi“-Verträge läßt sich die Schädlichkeit solcher Auswüchse sehr gut kennzeichnen.

Das Wichtigste bringt der Artikel 3. Er enthält eine Aenderung des § 137 der G.-O. Wir bringen nachstehend den alten und der vorgeschlagenen Text: die Neuerungen sind fett gedruckt.

Alte Fassung.	Neue Fassung.
Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre darf die Dauer von 11 Stunden täglich, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage von 10 Stunden nicht überschreiten.	Nebenstehender Text mit folgendem Nachsatz: Vom 1. Januar 1910 an darf die Dauer der Arbeitszeit zehn Stunden täglich nicht überschreiten.
Zwischen den Arbeitsstunden muß den Arbeiterinnen eine mindestens einständige Mittagspause gewährt werden.	Nebenstehender Text mit folgendem Nachsatz: Nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit ist den Arbeiterinnen eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 11 Stunden zu gewähren.

Nach jahrelangen Erhebungen und Erwägungen soll also endlich der Zehntundenarbeit für Arbeiterinnen eingeführt werden. Um aber den ausbleibenden Industriellen nicht weh zu tun, soll er erst 1910, also in zwei Jahren, in Kraft treten. Bei den amtlichen Erhebungen über die Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen im Jahre 1902 sprach sich die ganze überwiegende Zahl der Gewerkschaften für die bringende Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit eines zehntündigen Tagelohnes für Fabrikarbeiterinnen aus. Von den damals insgesamt gezählten 38 706 Betrieben mit insgesamt 313 560 Arbeiterinnen hatten bereits damals eine Arbeitszeit von neun Stunden oder weniger 6763 Betriebe mit 86 191 Arbeiterinnen. Von mehr als neun bis einschließlich zehn Stunden bestand in 18 267 Betrieben mit 347 814 Arbeiterinnen. Es hatten also im Jahre 1902 bereits räumlich über die Hälfte, nämlich 53,3 Prozent der Arbeiterinnen in 64,7 Proz. der Betriebe, also in nahezu zweidritteln der Betriebe.

einen Reichtumstag errangen. Die Zahl der Arbeiterinnen ist inzwischen erheblich gestiegen. Die Gewerbeinspektorenberichte für das Jahr 1906 weisen für 80 520 Fabrikbetriebe 1 026 899 Fabrikarbeiterinnen auf. Dringend notwendig wäre ein unbeschränkter, nicht durch Ausnahmen durchlöcherter Achtstundentag, der sozialen, gesundheitlichen, sittlichen und kulturellen Interessen der Arbeiterinnen und der Volksgesundheit. Selbst in der Textilindustrie ist ja seit 1902 ein erheblicher Teil zu einer Verkürzung der Arbeitszeit nach dem Grundsatz der Kampfschicht gelangt. Soweit sich spezielle Forderungen nicht vorübersehen lassen, läßt sich wohl behaupten, daß heute höchstens ein Viertel der Arbeiterinnen noch länger als zehn Stunden arbeiten. Die kürzere Arbeitszeit haben sie unter furchtbaren Opfern dem Unternehmertum abtrotzen müssen; und da kommt die Novelle mit einem Reichtumstag und läßt diesen noch durch eine Reihe von Ausnahmen einschränken. So, es schlägt die neue Bestimmung vor, daß, wenn besondere Verhältnisse es erzwängen erscheinen lassen, die Arbeitszeit vom 1. Januar ab anderweitig geregelt werden kann, falls der Reichsanwalt es genehmigt und die Dauer der Beschäftigung 11 Stunden täglich und 60 in der Woche nicht überschreitet. Man sieht, Arbeiterchutz wird in Deutschland nur in homöopathischen Dosen verabfolgt.

Eine andre Reform bildete die Bestimmung, daß die Paragraphen 124—129 d. O. D., die bisher nur für die „Beschäftigten der Fabrikarbeiter“ galten, auf alle Betriebe, die mindestens 10 Arbeiter beschäftigen, ausgedehnt werden sollen.

Der 5. Artikel enthält Strafvorschriften. Aus der Begründung ist folgendes Urteil bemerkenswert: „Die Strafen, die von den Gerichten wegen Zuwiderhandlung gegen die Arbeiterschutzgesetze verhängt werden, sind größtenteils auffallend niedrig und stehen häufig in keinem richtigen Verhältnis zu den Erfordernissen, die dem bestraften Unternehmer aus der Zuwiderhandlung erwachsen sind.“ Eine Verschärfung der Strafbestimmungen an sich genügt aber keineswegs, um eine wirkliche Durchführung der Schutzvorschriften, an der der Arbeiterklasse mehr liegt, als an einer nachträglichen Bestrafung, herbeizuführen. Hierfür ist eine Beteiligung der Arbeiter bei der Überwachung der Schutzvorschriften und auch bei dem Auswerfen der Strafen dringend erforderlich.

Die Vorlage enthält nicht eine Bestimmung über die Arbeitszeit der männlichen Arbeiter; diese sind also nach wie vor den Ausbeutungsverhältnissen der Unternehmer schulplos preisgegeben, wenn sie sich nicht selber schützen. Und das, obwohl Wilhelm II. schon vor 18 Jahren die Regelung der Zeit und Dauer der Arbeit für eine Aufgabe der Staatsgewalt erklärte.

Trotz alledem wird es nicht wenig Leute geben, die die soziale Einigkeit der preußisch-deutschen Regierung preisen und die gebotenen Reformen über das Wohlleben loben werden. Die Arbeiterklasse hat aber wahrlich keine Ursache, mit diesem Glückwunsch zufrieden zu sein, sie muß vielmehr fordern, daß in durchgreifender Weise und unter Mitwirkung der Arbeiter wirkliche Schutzmaßnahmen an Stelle der bisherigen Scheinergänzungen geschaffen werden. Dazu gehört in erster Linie Verkürzung der Arbeitszeit und Festsetzung eines Höchstarbeitstages für alle Arbeiter. Der achtstündige Arbeitstag ist angesichts der gesteigerten Intensivität der Arbeit eine Notwendigkeit, mindestens aber sollte er in allen besonders gesundheitsgefährlichen Industrien, so besonders in der chemischen, und in allen Betrieben mit Tag- und Nachtschicht sofort eingeführt werden.

Wie aber alle Gesetze nur Ausdruck gegebener Machtverhältnisse sind, wird auch der Achtstundentag erst dann Gegenstand gesetzgeberischer Maßnahmen werden, wenn die Arbeiter ihn mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen Organisation erzwingen haben.

Der Arbeitsmarkt im Jahre 1907.

Es wäre verkehrt, die Lage des Arbeitsmarktes im Jahre 1907 unter dem Eindruck der Verschlechterung, die die letzten Monate gebracht haben, würdigen zu wollen. Man muß vielmehr zwei Perioden im Berichtsjahre von einander scheiden, von denen die eine, nämlich genau die erste Hälfte des Jahres 1907, noch eine erhebliche Besserung gegenüber 1906 gebracht hat, von denen die andre, das zweite Halbjahr, im Zeichen des gewöhnlichen Rückgangs steht. Boge man aus beiden Perioden zusammen einen rechnerischen Durchschnitt, so würde das Gepräge des Arbeitsmarktes im Jahre 1907 noch als recht günstig gekennzeichnet werden. Aber was müßte dieser Ernst angesichts des Umstandes, daß die letzten Monate ein steigendes Ueberangebot von Arbeitskräften gebracht haben, daß die Welle der winterrlichen Arbeitslosigkeit wieder höher schlägt, daß unter den hohen Lebensmittelpreisen die soziale Not in weiten Kreisen wieder eine Schärfe annimmt, wie wir es seit dem Winter 1900/1901 nicht mehr erlebt haben. Das Jahr 1907 ist ein Uebergangsjahr mit einem Janusgesicht, dessen heitere Seite den heutigen Ernst der Lage nicht abzumachen vermag. Verührend ist nur die Beobachtung, daß der Grad der Verschlechterung nicht so stark wächst, wie es von vielen Bestimmen vorausgesetzt wurde. In den Jahren 1900, namentlich aber 1901 und 1902 war die herbstliche und winterrliche Verschlechterung sehr viel größer als im Berichtsjahre. Nach den vorläufigen Ziffern der an den „Arbeitsmarkt“ berichtenden öffentlichen Arbeitsnachweise kamen auf je 100 offene Stellen in den ersten 11 Monaten der letzten beiden Jahre Arbeitssuchende:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1906	139,6	125,6	102,5	99,3	101,5	102,3
1907	126,2	106,8	94,9	97,3	100,7	94,4
Diff. g. 1906	-13,4	-18,8	-7,6	-2,0	-0,8	-7,9
	Juli	August	September	Oktober	November	
1906	105,4	98,4	91,3	107,3	133,6	
1907	115,1	106,9	101,1	123,1	149,7	
Diff. geg. 1906	+9,7	+8,5	+9,8	+15,8	+16,1	

Mit einem Blick sind die beiden Perioden des Jahres 1907 erkennbar: im ersten Halbjahre noch durchweg eine Abnahme des Andrangs, im zweiten Halbjahre dagegen eine ununterbrochene und steigende Zunahme gegen 1906. Wie im Jahre 1906 haben immerhin noch 3 Monate ein Ueberangebot von Arbeitskräften gebracht; ein Arbeitermangel bestand indes im Berichtsjahre nur in ganz wenigen Gewerben. Noch höher als im Vorjahre war die Arbeitsintensivität im Kohlenbergbau während des Berichtsjahres. Während die Nachfrage am Kohlenmarkt gleich umfangreich blieb wie 1906 oder doch nur wenig wuchs, nahm die Förderung außerordentlich kräftig zu, da der Arbeiterbedarf besser befriedigt werden konnte, als 1906 und dadurch die Leistungsfähigkeit des Bergbaues stieg. Der lebhafteste Verkehr am Kohlenmarkt hielt bis zum Schlag des Jahres an, jedoch auch die Förderleistung blieb. Abweichend vom Gepräge des Beschäftigungsgrades im Bergbau war die Situation im Eisenbergbau von Mitte des Jahres ab nicht mehr befriedigend. Bis zur Verlängerung des Stahlwerksverbandes Ende April wurde noch in familiären Kreisen des Eisengewerbes unter Ausbeutung aller verfügbaren Kräfte gearbeitet; auch die Erneuerung des nachmittäglichen Produktions- und Fabrikationsapparates gab noch eine zeitliche reichliche Arbeitsgelegenheit. Von Mitte des Jahres trat dann am Eisenmarkt — ausgehend von einem geringeren Bedarf in den Branchen der Weiterverarbeitung und Fertigwarenherstellung — eine Abmilderung der Nachfrage ein, die sich allerdings erst gegen Ende des Jahres, in eine Abnahme des Beschäftigungsgrades umsetzte. Von November ab wurden vereinzelt Feuerstätten angelegt, doch fanden Arbeiteraufstellungen erst in geringem Umfange statt. In der Holzindustrie wurde die Produktionsintensivität selbst im vierten Quartal sogar noch beträchtlich ausgedehnt. Gleichmäßig lebhaft war der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie; mit Ausnahme des Seidengewerbes waren alle Zweige der Textilindustrie noch flotter als im Vorjahre beschäftigt. In der Seidenindustrie ließ die Beschäftigung gegenüber dem Vorjahre wesentlich nach; allein es gab in der Baumwoll- und Woll- sowie in der Leinenindustrie so reichlich zu tun und demzufolge eine so lebhafte Nachfrage nach Arbeitskräften, daß die in der Seidenindustrie überflüssigen Arbeiter bald von den anderen Branchen aufgenommen wurden. Recht

befriedigend war der Beschäftigungsgrad im Bergbau; die Beschäftigung sowohl im Inlande als mit dem Auslande an Umfang nichts einbüßend, war, abgesehen von den Störungen, die die Kämpfe zwischen den Arbeitgebern und Arbeiterorganisationen verursachten, die Lage des Arbeitsmarktes für Bergbauarbeiter im Berichtsjahre ausdauernd günstig. Nach der überaus heißen Bauzeit 1906 und 1907 brachte das laufende Jahr keine weitere Belebung. In den größeren Städten zeigte die Bauaktivität kein so lebhaftes Gepräge mehr wie in den Vorjahren, dagegen wurde auf dem platten Lande und in kleineren Städten noch reger gebaut. Die Hebung der Lage der Landwirtschaft durch die günstige Verwertung der leistungsfähigen Ernten wirkte freiernd auf die Kaufkraft der landlichen Bevölkerung ein, belebte die Unternehmungslust und veranlaßte dahingehend auf dem Lande eine umfangreiche Bautätigkeit. So glücklich die Beschäftigung und Abmilderung im diesjährigen Bergbau war, so unglücklich verlief die Bauzeit für Bauarbeiter war der Andrang im laufenden Jahre fast in jedem Monat geringer als 1906. In den Gewerben, in denen mit Beginn der zweiten Hälfte des Jahres eine deutliche Verschlechterung gegenüber dem Vorjahre eintrat, gehören in erster Linie das Holzgewerbe, sowie auch das Zementgewerbe. Auf den Beschäftigungsgrad in beiden Gewerben hatte die zunehmende Spannung am Geldmarkt, die die Bauzeit früher als sonst enden ließ, einen ungünstigen Einfluß ausgeübt. Der Entwidung des Beschäftigungsgrades im Holzgewerbe war außerdem die Holzarbeiterausperrung zu Beginn des Jahres sehr schädlich gewesen.

Die Rüstungen der deutschen Unternehmerorganisationen gegen die Gewerkschaften.

Wie widerständig die Einrichtungen der heutigen Gesellschaft sind, kann der, der mit den Härten des Lebens zu kämpfen hat, tagtäglich wahrnehmen. Obwohl das Leben für den wirtschaftlich schwächeren Teil der Gesellschaft, die arbeitende Klasse, eine Kette von Leiden, Entbehrungen und Ungerechtigkeiten ist, sehen wir ein Beträufeln der Unternehmerverbände gegen die so berechtigten Forderungen der Arbeiterorganisationen. Vor kurzem erst konnte die Tagespresse den Kriegspläne der Unternehmer im Bergbau veröffentlichen, die uns zeigte, daß diese „Patrioten“ sich mit brutalen Vernichtungsplänen gegen die Arbeiterorganisationen trugen, und wenig später wies der bekannte günstige Wind der „Chemischer Volksstimme“ das nachfolgende „vertrauliche Rundschreiben“ auf den Redaktionsstisch:

Aus die Industriellen!

Unter Zugunahme auf unsere wiederholten Rundschreiben und die Ihnen zugesandten Satzungen unserer Gesellschaft bitten wir Sie hierdurch wachsamst dringendst, mit Ihrem Beitritt nicht länger zu zögern.

Unsre Gesellschaft bezweckt die Verhütung von Streiks in den Betrieben ihrer Mitglieder und eintretendenfalls die Entschädigung der durch Streiks hervorgerufenen Nachteile dergestalt, daß für jeden Streik pro Arbeiter bis zu 25 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes des gesamten bei der Berufsgenossenschaft angemeldeten Personals bewilligt werden. Der jährliche Beitrag beträgt 1 Promille der Berufsgenossenschaft zuletzt angegebenen Jahreslohsumme und das Eintrittsgeld 1/4 Promille der gleichen Summe.

Für die in dem laufenden Quartal beitretenden Mitglieder beträgt der diesjährige Beitrag nur 1/4 Promille der Jahreslohsumme.

Angesichts der stetig steigenden Machtmittel der Gewerkschaften, deren jährliche Einnahmen von 27 812 257 Mk. im Jahre 1905 auf 41 602 939 Mk. im Jahre 1906 gewachsen sind, muß sich jeder Industrielle im eigenen wie im allgemeinen Interesse seiner Pflicht zur Uebung der gleichen Solidarität und Opferwilligkeit, wie sie die Arbeiterklasse so glänzend zeigt, bewußt werden.

Der Schutz, welcher von den einzelnen Branchenverbänden den Industriellen gewährt wird, bedarf, soweit die Verbände nicht selbst über große Streikentwöhnungsfonds verfügen, der Ergänzung durch die materielle Beihilfe, die ihnen unsre Gesellschaft zur Durchführung von Streiks gewährt.

Wie die Arbeiterklasse, in großen Blöcken vereint, den Kampf gegen die Arbeitgeber führt, so dürfen auch die Industriellen ihrerseits ihre Kräfte nicht bloß in einzelnen speziellen Branchenverbänden zusammenfassen, sondern sie müssen sich zur Abwehr außerdem in einer alle Branchen umschließenden Organisation, wie die unsre, vereinigen.

So hat sich unsre Gesellschaft, welche gegenwärtig bereits ziemlich tausend sachliche und außersachliche Fabrikbetriebe als Mitglieder besitzt, in allen Fällen als ein festes Bollwerk gegenüber dem Uebermut und den übertriebenen Ansprüchen der Arbeiterklasse bewiesen. Es ist der Gesellschaft möglich gewesen, seit ihrem Bestehen alle Streikfälle (92) in sayungsmäßiger Höhe (25 Prozent vom Lohn pro Tag und Arbeiter) zu entschädigen. (Darunter z. B. ein Streik in Höhe von über 30 000 Mk.) Nicht minder ist es der Gesellschaft in zahlreichen Fällen gelungen, drohende Streiks in den Betrieben ihrer Mitglieder von vornherein überhaupt zu verhindern.

Die moralische Wucht der Unterstützung unsrer Gesellschaft ist einleuchtend.

Wir bitten deshalb nochmals dringend, die beifolgende Beitrittserklärung möglichst umgehend vollzogen zurückzusenden. Hochachtungsvoll

Gesellschaft des Verbandes Sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitsverhinderungen. Gräzner.

NB. Mit der Zugehörigkeit zu unsrer Gesellschaft muß die Mitgliedschaft bei dem Verbande Sächsischer Industrieller verbunden sein. Dieser umfaßt ca. 3900 Fabrikbetriebe, und ihm ist der Einfluß zu verdanken, den die sächsische Industrie alljährlich auf die Gesetzgebung des Landes gewinnt. Der Jahresbeitrag an den Verband richtet sich nach der Zahl der Arbeiter und beträgt: bis zu 50 Arbeitern 15 Mk., bis zu 100 Arbeitern 20 Mk., und für je weitere 100 Arbeiter 10 Mk. mehr.

Angesichts dieser Scharmachterpläne ist es notwendig, das zu Anfang Seizte an einigen Beispielen zu erhärten.

Die deutsche Marineverwaltung treibt bei der Ernährung der Mannschaften sicher keinen Luxus. Sie beschränkt sich darauf, das zu geben, was dringend nötig ist, den Mann gesund und kräftig zu erhalten. Die Ernährung eines Marinekadeten kostete im Jahre 1906, berechnet von der Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ an den statistisch ermittelten Preisen in einer Anzahl Großstädte, 299,24 Mk. Eine Familie von Mann, Frau und 2 Kindern (= 1 Erwachsenen) müßte demnach 897,72 Mk. allein für Nahrungsmittel pro Jahr ausgeben, um so leben zu können wie ein Marinekadet. Rechnen wir dazu 150 Mk. für Wohnung, 150 Mk. für Kleidung und sonstige Ausgaben, ferner alles sehr niedrig bemessen, so erhalten wir ein Existenzminimum von 1197,72 Mk., eine Summe, die nur ein Bruchteil der Arbeiter verdient, obwohl darin noch kein Kennnis für persönliche Bedürfnisse, geistige Fortbildung usw. enthalten ist.

Ein anderer Beweis: Der Vorsitzende des Vereins für Kinderwohlthätigkeit in Berlin teilte vor kurzem in einer Versammlung mit, daß die Zahl der hungernden Schul Kinder im ständigen Steigen begriffen sei. Es sind von den Rektoren und Lehrern von 245 städtischen Gemeindeschulen (es gibt deren 285) rund 11 900 schulpflichtige Kinder ermittelt worden, die zu Hause kein Mittagessen erhalten und zum großen Teil ohne Frühstück zur Schule kommen. In Frage kommen 3567 Familien. Dazu kommen noch die vielen Kinder, die nicht schulpflichtig sind, aber unter den gleichen miserablen Verhältnissen zu leiden haben.

Wir könnten diese Lebensstatistik noch beliebig fortsetzen, glauben aber, daß schon diese wenigen Angaben genügen, um das Verberberische, kulturwidrige der Unternehmerrbestrebungen zu kennzeichnen. Ein Vertreter an seiner Klasse ist jeder Arbeiter, der angesichts der Schmachterstellungen noch seiner Gewerkschaft fernbleibt, und einer Pflichtverletzung macht sich schuldig, wer nicht täglich und stündlich unermüdblich für seine Organisation wirbt. G. Ng.

Ein siegreicher Feldzug gegen den Arbeiterchutz.

Eines der gefährlichsten industriellen Gifte ist das Blei. Infolge seiner vielseitigen Verwendung in den verschiedensten Industriezweigen raft es jährlich mehr Arbeiterleben hin wie irgend ein andres Gift, und unzählig ist das Heer der Armen, denen das tödliche Gift die Gesundheit auf immer zerstört hat. Die verheerende Wirkung des Bleies hat denn auch den gewiß nicht sonderlich eifrigen deutschen Bundesrat veranlaßt, einige Bestimmungen zu erlassen zum Schutze der Arbeiter, die in besonders hohem Maße durch Beschäftigung mit Blei oder Bleiverbindungen gefährdet sind. So für Buchdrucker gegen den Staub der Bleileitern, für Maler und Lackierer gegen das Bleiweiß, für Akkumulatorenfabriken und für Fabriken zur Herstellung von Bleifarben und Bleizinn. Ganz besonders gefährdet, leider aber durch keine Spezialvorschrift geschützt, sind die Arbeiter in der keramischen Industrie, die mit der stark bleihaltigen Glasur arbeiten müssen. Wir haben schon früher an Hand von sorgfältig ermittelten Zahlen aus der Reichs-Oberindustrie, nachgewiesen, daß die Gefährdung der Gesundheit bei den mit Glasur beschäftigten ganz außerordentlich groß ist. Und schon vor Jahren schrieb ein Arzt aus der Ober-Oberindustrie, daß sämtliche Glasierer mehr oder weniger bleikrank seien. Trotz alledem fehlen Spezialvorschriften für diese Betriebe noch heute.

Um nun die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht schutzlos der verderblichen Einwirkung des Giftes zu überlassen, erließ der Königliche Gewerbeamt Dr. Löwenstein in Potsdam im April 1904 auf Anweisung seiner vorgesetzten Behörde an die Veltener Glasfabrikanten eine Verfügung, nach der unter die Bestimmungen der Bundesratsbekanntmachung vom 26. Mai 1903 auch diejenigen Betriebsabteilungen der Glasfabriken fallen, in denen die zur Herstellung von Kacheln benötigten stark bleihaltigen Glasurmassen hergestellt werden. Nach Ansicht der Veltener Fabrikanten bezieht sich jedoch die erwähnte Bekanntmachung lediglich auf Bleifarben, Bleiprodukte und oxydliche Bleiverbindungen; die Glasur sei aber etwas andres und wenn sie noch so viel Blei enthalte, so unterliege sie daher trotzdem den vom Bundesrat verordneten Vorschriften nicht. Infolge der Weigerung der Fabrikanten, die Verordnung zu befolgen, erhob die Gewerbeinspektion eine diesbezügliche Klage gegen 34 Veltener Glasfabrikanten wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung.

Das Schöffengericht in Spandau kam zu einer Verurteilung, während die dritte Strafkammer des Landgerichts II in Berlin die Angeklagten freisprach. Die Staatsanwaltschaft legte hiergegen Berufung ein, und das Kammergericht wies das Urteil zur erneuten Verhandlung an das Landgericht zurück. Am 1. Oktober dieses Jahres wurde von neuem über die Frage verhandelt. Als Sachverständige waren der Gewerbeinspektor Dr. Löwenstein (jetzt in Stade), Gewerbeverordner Jakob, ferner drei bekannte Keramiker, darunter der Geschäftsführer verschiedener Tonindustrieverbände, Kramer, der Direktor der königlichen Porzellanmanufaktur, Dr. Geincke, und außerdem der Chemieprofessor an der Bergakademie, Dr. Puschl, der das Obergutachten abgab. Dieses Obergutachten ist ein seltsames Beispiel der Uebertragung von beinahe taumelndiger Spitzfindigkeit auf das Gebiet der Naturwissenschaften. Prof. Puschl gab an, daß die zur Glasur verwendeten Bleisäuren ca. 80 Prozent Blei und 20 Prozent Zinn in Form ihrer Sauerstoffverbindungen, also als Oxyde enthalten. Da der Prozentgehalt der Bestandteile etwas schwankend ist, so hat man hier nach seiner Meinung mit keiner einheitlichen chemischen Verbindung zu tun. Da aber die Bundesratsverordnung sich auf Bleiverbindungen bezieht — so kann sie hier nicht maßgebend sein.

Diese nicht nur für den gesunden Menschenverstand, sondern auch für den Chemikerstand nicht unbedenkliche Beweisführung und Uebertragung von juristischen Definitionen auf chemische Nomenklatur, die bekanntlich sehr schwankend ist (unterschiedet man doch in der Chemie „bestimmte“ von „bestimmtem“ Verbindungen — und zwar sind die letztern bei weitem die zahlreicheren — welche Verbindungen unterliegen nun der Bundesratsverordnung?), veranlaßte den Gerichtshof zur Freisprechung.

Auch der Hinweis des Staatsanwalts, daß die fröttige Verfügung der Gewerbeinspektion doch ohne weiteres mit dem Sinn der Bundesratsverordnung sich deckt, blieb ohne Wirkung.

Durch dieses Urteil wird nicht nur die juristische Lüstelei, sondern auch die Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmer grell beleuchtet. Um sich den, durchaus nicht zureichenden, Bestimmungen der Bundesratsverordnung zu entziehen, wird ein langer Prozeß durchgeführt; zu einige Kontrollmaßnahmen und Schutzvorrichtungen umgehen zu können, werden Hunderte von Arbeitern den Einwirkungen des tödlichen Giftes schutzlos überlassen. Humanität ist die starke Seite der Veltener Glasfabrikanten sicherlich nicht, sonst hätten sie die billigen Vorschriften der Verordnung ohne Mühen durchgeführt.

Aber die Unternehmer sind sich überall gleich. Die Veltener Fabrikanten verlagten den Arzt beim ärztlichen Examen, der auf Grund seiner Zustimmungsleistung in einer öffentlichen Versammlung einen Vortrag über die schädlichen Wirkungen des Bleies hielt und die Veltener stießen die ohnehin unzureichenden Schutzbestimmungen mit Hilfe der Gerichte um. Trotzdem ist natürlich ein Deger und Wähler, wer in die Arbeiter- und Menschenfreundlichkeit der Herren Zweifel setzt.

Seit 1906 ist übrigens eine Verordnung für die Glasurarbeiten in der keramischen Industrie „in Vorbereitung“; ob und wann sie das Licht der Welt erblickt, wissen die Götter.

Der Wert der Statistik.

Im heutigen wirtschaftlichen Betriebe ist die genaue Aufzeichnung und Zusammenfassung aller Vorkommnisse ein Mittel, welches sowohl im Staatswesen, als auch im industriellen Gebilde in sehr vielen Fragen der Zeit als Grundlage dient. Die Volkszählungen, welche in gewissen Zeitabständen vorgenommen, dienen dem Staate als Grundlage zu sehr vielen Verfügungen. Nach diesen Ergebnissen richtet sich u. a. auch die Prägung der Scheidemünzen (Silber- und Nickelmünzen), welche auf jeden Kopf der Bevölkerung auf 10 Mk. berechnet wird. Ebenso richtet sich die Einrichtung der Nationalbeiträge der Einzelstaaten an das Reich wieder nach den statistischen Ergebnissen. Als weitere Grundlage dient die Statistik bei der Einleitung der Wahlkreise für den Reichstag, wo ebenfalls auf rund 100 000 Einwohner 1 Abgeordneter treffen soll. Hier ist aber das Maß natürlich ganz verzerrt. Selbst bei Heer- und Marineverlagen bezieht sich die Regierung zur Begründung derselben der statistischen Zahlen der Bevölkerung. Nicht minder hängt die Berechnung eines Drees, ob ländliche oder städtische Verfassung, von dem Ergebnis der Statistik ab.

Außer der Volkszählung, welche in der Regel in den Wintermonaten vorgenommen, weil im Sommer eine ganze Anzahl von Schiffahrern in fremden Häfen sich befinden, sondern von der Zählung ausgeschlossen bleiben würden, erfolgt noch eine Berufs-zählung. Die Zahlen der Volks- und Berufszählung decken sich nicht immer. Bei letzterer stellt sich heraus, daß in den einzelnen Berufen bedeutend weniger beschäftigt, als in der Volkszählung als Berufstätiger angegeben sind. Der Grund liegt darin, daß eine ganze Anzahl Arbeiter von ihrem erlernten Beruf zu einem andern übergegangen sind, aber noch als Berufstätiger bei der Volkszählung mitgerechnet sind.

